

1. Mai 2018: Solidarität statt Spaltung

Zum 1. Mai fordert der DGB die GroKo auf, mutiger zu werden, um Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit zu sichern. Es gilt zudem, ein klares Zeichen gegen rechts zu setzen. Aktuelle Umfragen zeigen, dass der gewerkschaftliche Einsatz für eine faire Arbeitswelt bei den Menschen ankommt.

Sieben Monate nach der Bundestagswahl fordert der DGB die neue Regierung auf, endlich aktiv zu werden und mobilisiert dafür am 1. Mai. Mehr Menschen sollen den Schutz von Tarifverträgen genießen. „Arbeitgeber, die aus der Tarifbindung flüchten, verweigern gerechte Löhne. Verbieta es ihnen“, heißt es im DGB-Aufruf zum 1. Mai 2018. „Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden, und einen öffentlichen Dienst, der seine Aufgaben gut erfüllen kann.“ Niedriglöhne, Mini- und Midijobs gehören abgeschafft. „Die Schonzeit für Arbeitgeber ist vorüber!“ Zudem soll die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltung gestärkt werden.

Dass dies auch im Sinn der Menschen ist, zeigt eine aktuelle Umfrage von YouGov. 76 Prozent der rund

1030 Befragten betonen, dass Betriebsräte eine wichtige Instanz zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen darstellen. Noch deutlicher wird diese Einstellung mit Blick auf die Gewerkschaften. 80 Prozent sehen in ihnen einen wichtigen Faktor, um Arbeitnehmerrechte zu sichern.

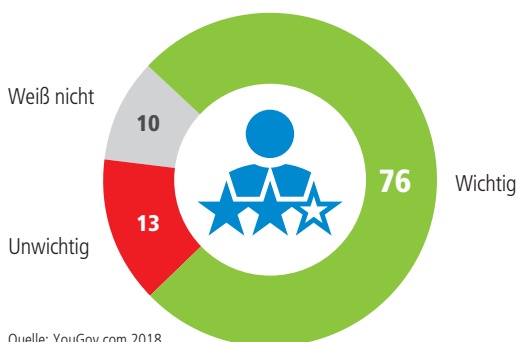
Darum rechnet der DGB wieder mit Hunderttausenden, die am 1. Mai für faire Arbeitsbedingungen und gegen Rassismus demonstrieren. Der beste Schutz gegen Vorurteile und Hetze bleibt eine sozial gerechte Politik. Im DGB-Aufruf heißt es: „Wir werden die Bundesregierung drängen, die politischen Weichen in die richtige Richtung zu stellen: Solidarität statt gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung, klare Kante gegen Rassismus und extreme Rechte.“ Union und SPD müssen ihre Vorhaben bei der Pflege, bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, bei der sachgrundlosen Befristung, beim Rückkehrrecht auf Vollzeit, bei den Investitionen in Bildung, Wohnungen und Infrastruktur schnell und vollständig umsetzen.

Apropos Kampf gegen Populismus und Hetze: Vorläufige Ergebnisse der Betriebsratswahl zeigen, dass sich rechte Listen nur einen verschwindend geringen Teil der rund 180 000 Mandate sichern konnten. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten hat für die KandidatInnen der DGB-Gewerkschaften gestimmt. Die Wahlen laufen noch bis Ende Mai. Und auch auf der großen Bühne im Deutschen Bundestag haben PolitikerInnen von Union, SPD, Grünen, Linke und FDP die AfD in ihre Schranken gewiesen. Deren Abgeordnete sind vor allem durch Polemik aufgefallen. Solide Politik, Sachkenntnis, Einsatz für Arbeitnehmerrechte oder Respekt vor dem politischen Gegner – Fehlanzeige. Fast alle Anfragen der AfD befassen sich mit den Themen Migration oder innere Sicherheit. Arbeitsmarktthemen, soziale Sicherung oder Gerechtigkeit finden rechts außen kaum statt.

Den DGB-Maiaufruf gibt es unter: www.dgb.de/-/E8B

Betriebsräte: Gutes Image

So haben Menschen auf die Frage „Wie wichtig sind Betriebsräte für die Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen“ geantwortet (in Prozent)



Quelle: YouGov.com 2018

Drei Viertel der BürgerInnen schätzen die Arbeit von Betriebsräten. Sie gehen davon aus, dass deren Einsatz künftig wichtig bleibt.



Kurs nehmen

Vom 13. bis 17. Mai berät der DGB-Bundeskongress über den politischen Kurs in den nächsten vier Jahren. Wir stellen die Leittritte vor.

SEITEN 2 UND 3

Der Kongress in Zahlen

Zahlen und Fakten zum 21. Parlament der Arbeit

SEITE 4

Kapitalismus bändigen

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann im *einblick*-Interview über Erfolge, Überraschungen und die Grenzen des digitalen Kapitalismus.

SEITE 7



Die zentrale DGB-Kundgebung mit dem Vorsitzenden Reiner Hoffmann findet in Nürnberg statt. Eine Liste mit allen Gewerkschaftsvorsitzenden und den jeweiligen Kundgebungsorten gibt es unter: www.dgb.de/-/Mnu



Anmeldung unter: www.dgb.de/einblicknewsletter



Die Themen des 21. Parlaments der Arbeit

Beim DGB-Bundeskongress werden sich die 400 Delegierten mit fast **80 Anträgen** beschäftigen: von Ausbildung über Mitbestimmung bis hin zur Arbeit der Zukunft.

Insgesamt gibt es **drei Leitanträge** des DGB-Bundesvorstands. Leitantrag A bildet dabei den inhaltlichen Rahmen. Er analysiert die Ursachen für den aktuellen gesellschaftlichen Wandel und zeigt die Gestaltungsziele der Gewerkschaften auf, die in den Sachgebieten B und C weiter beschrieben werden. Zudem gibt es Anträge aus den DGB-Gliederungen und den Mitgliedsgewerkschaften.

Der **Themenbereich A** umfasst 16 Anträge zu „Gesellschaftlichem Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa“. Darunter sind Anträge für ein soziales Europa, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. **Themenbereich B** umfasst 37 Beiträge zur „Arbeit der Zukunft und sozialen Sicherheit“ – darunter Anträge zur Arbeitszeitgestaltung, Digitalisierung und Arbeit 4.0 sowie zu Mindestlohnkontrollen und der gleichen Bezahlung für Frauen und Männer. Der **Themenbereich C** „Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat“ befasst sich mit 16 Anträgen, unter anderem zu Wohnungsbau, Wohnungspolitik und Steuererechtigkeit sowie Klima, Energie und Mobilität.



Kongress-Highlights

SONNTAG, 13. MAI

- Eröffnungsveranstaltung
- Geschäftsbericht

MONTAG, 14. MAI

- Wahl der/des DGB-Vorsitzenden
- Wahl der/des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden
- Wahl von zwei weiteren Mitgliedern des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands
- Grundsatzrede der/des Vorsitzenden
- Antragsberatungen

DIENSTAG, 15. MAI

- Antragsberatungen

MITTWOCH, 16. MAI

- Antragsberatungen
- Talkrunde mit internationalen Gästen

DONNERSTAG, 17. MAI

- Antragsberatungen
- Schlusswort der/des DGB-Vorsitzenden
- Ende des 21. Parlaments der Arbeit

Konzepte für die Zukunft

Der 21. ordentliche DGB-Bundeskongress vom 13. bis 17. Mai in Berlin setzt den Kurs für die nächsten vier Jahre. Leitidee ist eine solidarische, sozial gerechte und nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Das Motto des Kongresses lautet „**SOLIDARITÄT_VIELFALT_GERECHTIGKEIT**“.

Zusammenhalt und Demokratie

Die Lage ist ernst und erfordert langfristig angelegtes Denken und Handeln von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das macht der Leitantrag A001 „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa“ deutlich. Deutschland stehe vor „gewaltigen Aufgaben“. Ziel der Gewerkschaften ist es, den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie in Deutschland und Europa zu stärken. Sie wollen populistischen, nationalistischen und autokratischen Stimmen und Bestrebungen die Stirn bieten. Der DGB stehe für eine solidarische, gerechte und weltoffene Gesellschaft.

Der Mensch im Mittelpunkt

Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, müssen alle Erwerbstätigen einen gerechten Anteil an den Gewinnen erhalten, die sie mit ihrer Arbeit erwirtschaften. Die Lebensqualität müsse für alle spürbar steigen, fordert der DGB. Deswegen setzt er sich für eine fortschrittliche Modernisierungspolitik ein, bei der die Beschäftigten beteiligt werden. Die Politik solle „im Sinne aller Erwerbstätigen“ handeln.

Gewerkschaftliche Erfolge – wie Mindestlohn und Tariferhöhungen – haben dazu beigetragen, dass Deutschland heute wirtschaftlich sehr gut dasteht. Aber es gibt auch Schattenseiten. Hier liegen auch die Ursachen für die Zukunftssorgen „bis in die Mitte der Gesellschaft“, die den sozialen Zusammenhalt bedrohen: Der DGB will in den nächsten Jahren darauf hinarbeiten, soziale Unsicherheiten abzubauen, die durch Digitalisierung, Globalisierung, Migration, demografische Entwicklung und Klimawandel entstehen.

Hier sind starke und handlungsfähige Gewerkschaften gefordert – wie die Mitgliedsgewerkschaften des DGB. Sie können dazu beitragen, dass der grundlegende Wandel der Arbeitswelt gelingt und gerecht verläuft.

Tarifbindung erhöhen

Gewerkschaften stehen für Solidarität, aktive Beteiligung und gemeinschaftliche Stärke. Um

die Interessen der Beschäftigten bestmöglich zu vertreten, werden die DGB-Gewerkschaften die nächsten Jahre nutzen, um mehr Frauen und Männer dafür zu gewinnen, sich gewerkschaftlich zu engagieren und ihre Arbeitsbedingungen aktiv mitzugestalten.

Zentrales Ziel ist es, die Tarifbindung zu erhöhen. „Wir kämpfen mit aller Entschlossenheit“ gegen die Tarifflicht auf der Arbeitgeberseite und für einfachere Allgemeinverbindlichkeitsverfahren, heißt es im Antrag. Nur ein starkes Tarifsysteem helfe gegen Niedriglohn und prekäre Beschäftigung.

Update für Arbeitswelt und Sozialstaat

Neue Beschäftigungsformen etwa in der Plattform-Ökonomie und unstete Erwerbsverläufe nehmen zu. Häufige Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind in bestimmten Branchen keine Seltenheit. Außerdem steigt der Druck, lebenslang zu lernen. Menschen und Sozialstaat müssen dafür fit gemacht werden. Der Leitantrag B001 „Arbeit der Zukunft und soziale Sicherheit“ beschreibt detailliert, wie DGB und Gewerkschaften Arbeitswelt und Sozialversicherungen zukunftsfest machen wollen. Das Grundprinzip für die Gewerkschaften ist hierfür eine „Politik der Ermöglichung“.

In diesem Sinn soll unter anderem eine Bildungsstrategie auf den Weg gebracht werden, die berufliche und akademische Bildung sowie lebenslanges Lernen umfasst. DGB und Gewerkschaften fordern mehr Arbeitszeitsouveränität – also ein „individuelles, anlassunabhängiges Recht auf befristete Teilzeit“, um sich etwa um die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Den Forderungen der Arbeitgeber, das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren, erteilen die Gewerkschaften eine deutliche Absage. Das Gesetz biete schon heute ein hohes Maß an Flexibilität.

Auch der Sozialstaat benötigt ein Update, um den veränderten Bedingungen einer digitalisierten Arbeitswelt Rechnung zu tragen. DGB und Gewerkschaften fordern eine „Modernisierung des Sozialstaates zum Sozialstaat 4.0“.



Die Delegierten des DGB-Bundeskongresses haben fünf Tage lang ein volles Programm. Zwischendurch bleibt trotzdem Zeit zur einblick-Lektüre – wie das Bild von 2014 belegt.

Dieser müsse über Steuermittel und Beitragseinnahmen auskömmlich finanziert sein. „Der Sozialstaat der Zukunft kann nur funktionieren, wenn seine Finanzarchitektur nachhaltig, solide und gerecht ist.“

Der Sozialstaat muss die Menschen grundsätzlich in die Lage versetzen, sich dem Strukturwandel anzupassen. Auch im Krankheitsfall oder bei Erwerbsunfähigkeit soll der Sozialstaat Teilhabe ermöglichen. „Ein sozialer Abstieg oder gar ein Abrutschen in Armut muss verhindert werden“, heißt es im Antrag. Die Arbeitslosenversicherung muss daher gestärkt werden. Beschäftigte, die viele Jahre in Arbeit waren, sollen „besonderen Anspruch auf den Schutz der Solidargemeinschaft“ haben. Dies müsse sich in adäquaten Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld für Ältere widerspiegeln. Kurzzeitig Beschäftigte sollen besser abgesichert werden. Auch im Hartz-IV-System sehen die Gewerkschaften dringenden Handlungsbedarf. Langzeitarbeitslose sollen besser unterstützt, der Hartz-IV-Regelbedarf neu ermittelt werden.

Der handlungsfähige Staat

Im Antrag C001 skizzieren die Gewerkschaften, wie der Staat die großen Megatrends Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel gestalten soll. Unter anderem gilt es, langfristige ökonomische und gesellschaftliche Ziele wieder in den Blick zu nehmen. Der DGB fordert, die Ungleichheit zu bekämpfen, die Binnennachfrage zu sta-



bilisieren sowie öffentliche und private Investitionen zu stärken.

Ein gerechtes Steuersystem soll die Einnahmehasis des Staates nachhaltig stabilisieren und stärken. Der DGB möchte ArbeitnehmerInnen entlasten. Vermögende und finanzstarke Unternehmen sollen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Um den Strukturwandel in verschiedenen Branchen und Bereichen zu bewältigen, fordern die Gewerkschaften eine aktive Strukturpolitik. Gleiches gilt für die Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik. „Eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik muss auch hierzulande beitragen, dass Deutschland in vielen technologischen Bereichen zum Leitmarkt für Industriegüter und hochwertige Dienstleistungen wird.“

Der Antrag nimmt besonders die europäischen und internationalen Herausforderungen in den Blick. Die europäische Sparpolitik muss beendet werden. Die durch die Krisenpolitik zerstörten Tarifsysteme etwa in Griechenland müssten wieder hergestellt werden. Künftig sollen europaweit Tarifbindung und reguläre Beschäftigung gestärkt werden.



DER KONGRESS IM NETZ

Am 13. Mai 2018 beginnt der 21. Ordentliche DGB-Bundeskongress in Berlin. Wer nicht vor Ort im Kongresshotel dabei ist, kann im Internet alles mitverfolgen. Auf der DGB-Webseite und in den sozialen Netzwerken wird der DGB das Parlament der Arbeit begleiten: Alle Reden, Wahlen, Diskussionen und Entscheidungen werden im Video-Livestream übertragen. Außerdem stehen alle Anträge und der Geschäftsbericht zum Download bereit. In den sozialen Medien, also auf Twitter oder Facebook, können die UserInnen den Kongress verfolgen und an Online-Diskussionen teilnehmen. Der Hashtag für den Kongress lautet #dgb21. Zudem bietet der DGB eine App an, über die der Kongress verfolgt werden kann (mehr dazu s. Seite 8).

<http://bundeskongress.dgb.de/>



DIE ANTRÄGE

Alle Anträge zum 21. Parlament der Arbeit gibt es ab Anfang Mai 2018 auf der Internetseite des DGB: <http://bundeskongress.dgb.de/antraege>



Das Parlament der Arbeit in Zahlen

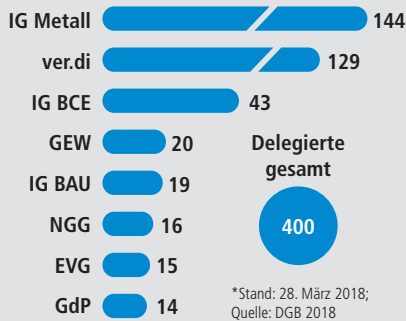
Vom 13. bis 17. Mai 2018 entscheiden die 400 Delegierten des 21. Ordentlichen DGB-Bundeskongress (OBK) über den Kurs in den kommenden vier Jahren. *einblick* hat Zahlen und Fakten zum Parlament der Arbeit zusammengestellt.



DAS SIND DIE DELEGIERTEN

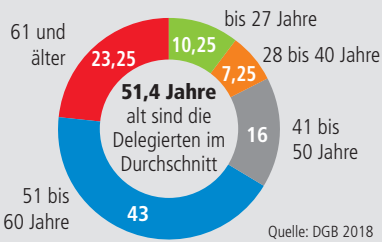
Delegierte der Gewerkschaften

Delegierte des OBK nach Gewerkschaft 2018*



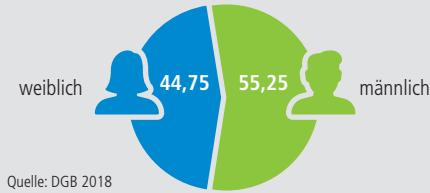
Jedes Alter vertreten

Delegierte des OBK nach Alter (in Prozent)



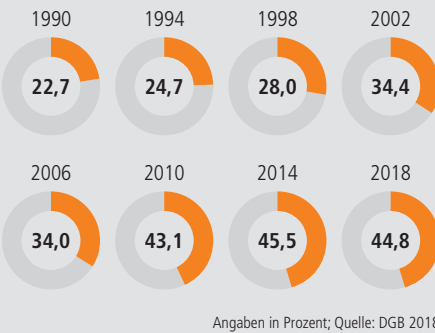
Männer in der Mehrheit

Delegierte des OBK nach Geschlecht (in Prozent)



Immer weiblicher

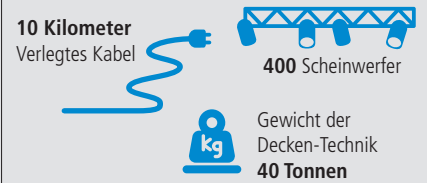
Frauenanteil unter den Delegierten der DGB-Bundeskongresse von 1990 bis 2018



DAS IST DIE LOGISTIK

Technik für den Kongress

Eingesetzte Technik auf dem OBK



Küche im Einsatz

Küchenpersonal und ausgewählte Verpflegung für Delegierte und Gäste



Personal gut zu Fuß

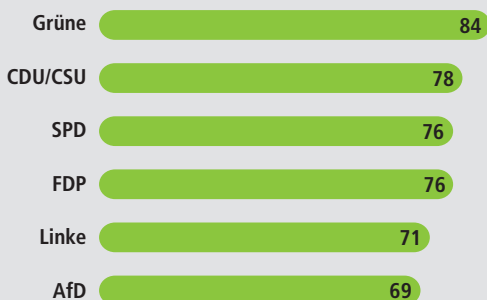
Personal und Wegstrecke auf dem OBK



DAS IST DEN MENSCHEN WICHTIG

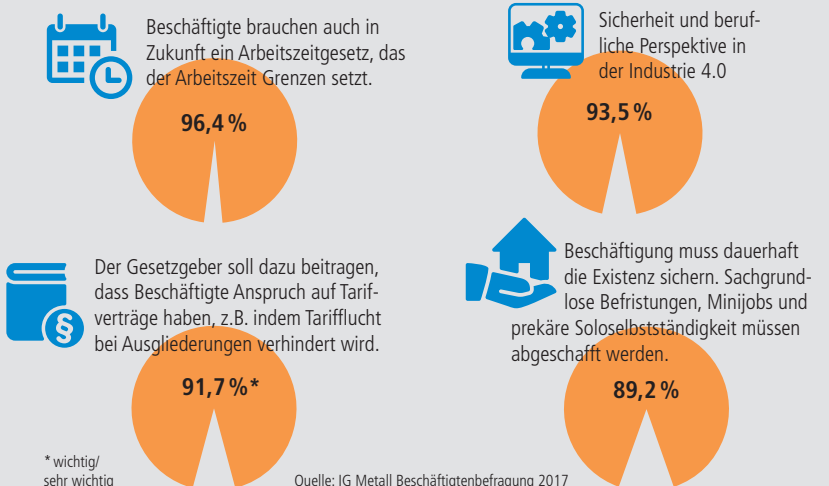
Gewerkschaften sind und bleiben wichtig

Anteil von Befragten, die davon ausgehen, dass die Bedeutung von Gewerkschaften und Betriebsräten gleichbleibt oder zunehmen wird (nach Parteipräferenz, in Prozent)



Das bewegt die Beschäftigten

Anteil von Beschäftigten, die folgenden Aussagen zustimmen oder eher zustimmen



DGB-Vorstand: die KandidatInnen

Die vier Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands – der Vorsitzende Reiner Hoffmann, seine Stellvertreterin Elke Hannack, Annelie Buntenbach und Stefan Körzell – sind für eine weitere Amtszeit vorgeschlagen. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai stellen sie sich den Delegierten zur Wiederwahl. *einblick* stellt das eingespielte Team vor.

⊗ Reiner Hoffmann

Der 62-Jährige ist seit dem 12. Mai 2014 DGB-Vorsitzender. Damals wählten ihn die Delegierten des DGB-Bundeskongress in Berlin mit 93,1 Prozent der Stimmen zum Nachfolger von Michael Sommer.

1955 geboren in Wuppertal, begann Hoffmann mit 17 Jahren eine kaufmännische Ausbildung bei den Farbwerken Hoechst. Auf dem zweiten Bildungsweg studierte er – mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung – Wirtschaftswissenschaften an der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal.

Von 1983 bis 1994 arbeitete er bei der Hans-Böckler-Stiftung, zuletzt als Leiter der Abteilung Forschungsförderung. Anschließend war er bis Mai



2003 Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) in Brüssel und von 2003 bis 2009 stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). 2009 wurde er zum Landesbezirksleiter der IG BCE Nordrhein gewählt. Hoffmann ist seit 1972 Mitglied der IG Chemie, Papier, Keramik (heute IG BCE) und der SPD.

Am 1. Oktober 2013 wählte der DGB-Bundesausschuss Hoffmann in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. Das Amt trat er zum 1. Februar 2014 an. Im Mai 2014 wurde er dann zum DGB-Vorsitzenden gewählt. Im DGB-Bundesvorstand betreut Hoffmann die Themen Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik, Mitbestimmung, internationale und europäische Gewerkschaftspolitik.

⊗ Elke Hannack

Seit 1. Juni 2013 ist Elke Hannack, 56, stellvertretende DGB-Vorsitzende. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2014 wurde sie mit 88 Prozent der Stimmen in diesem Amt bestätigt.

Hannack wuchs als eines von fünf Geschwistern auf. Nach dem Abitur studierte sie ab 1981 evangelische Theologie an der Universität Münster. Neben dem Studium arbeitete sie als Packerin und Verkäuferin im Einzelhandel. Seit 1984 ist sie Mitglied der HBV (heute ver.di) und engagierte sich als Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende. Hannack ist CDU-Mitglied und stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).



1992 begann Hannack eine Ausbildung beim DGB als Organisationssekretärin und arbeitete anschließend beim DGB-Kreis Bonn/Rhein-Sieg. 1997 ließ sie sich zur Rechtsschutzsekretärin weiterbilden und wechselte zum DGB-Bezirk NRW. Weitere Stationen folgten bis sie 2005 zur stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. 2007 wechselte sie nach Berlin – als Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Im Juni 2013 wurde Elke Hannack vom DGB-Bundesausschuss zur stellvertretenden DGB-Vorsitzenden gewählt.

Im DGB-Bundesvorstand verantwortet Hannack die Themen Beamte und Öffentlicher Dienst, Frauen und Gleichstellungspolitik, Jugend und Jugendpolitik, Bildungspolitik und Bildungsarbeit.

⊗ Annelie Buntenbach

Seit 2006 ist Annelie Buntenbach, 63, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB.

Annelie Buntenbach studierte an der Universität Bielefeld Geschichte und Philosophie auf Lehramt (2. Staatsexamen). Anschließend war sie mehrere Jahre als Setzerin tätig. Von 1994 bis 2002 war sie Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion. Von 2002 bis 2006 leitete sie die Abteilung Sozialpolitik beim Bundesvorstand der IG BAU.



Seit 1978 ist Buntenbach Gewerkschaftsmitglied und seit 1982 Mitglied der Partei Die Grünen. Am 23. Mai 2006 wurde Buntenbach von den Delegierten des DGB-Bundeskongresses zum Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gewählt. Auf den Bundeskongressen 2010 und 2014 wurde sie im Amt bestätigt. 2014 erhielt sie 88,6 Prozent der Delegiertenstimmen.

Buntenbach vertritt die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Recht, Migrations- und Antirassismuspolitik. Sie verantwortet auch den DGB-Index Gute Arbeit und das Projekt „Arbeit der Zukunft“.

⊗ Stefan Körzell

Seit 2014 ist Stefan Körzell, 55, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB.

Seine berufliche Laufbahn begann Körzell mit einer Ausbildung zum Maschinenschlosser bei den Rotenburger Metallwerken in Rotenburg/Fulda. Mit 17 trat er in die Gewerkschaft ein und kämpfte als Jugendvertreter erfolgreich für die Übernahme aller Auszubildenden. Bis 1990 war er bei den Metallwerken – zuletzt als Schichtführer – tätig und engagierte sich ehrenamtlich in IG Metall und DGB sowie als Betriebsrat. Körzell ist seit 1980 IG Metall-Mitglied und seit 1993 SPD-Mitglied.



1990 wurde Körzell DGB-Organisationssekretär und 1997 zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Bad Hersfeld-Eschwege. 2002 wurde er zum DGB-Landesvorsitzenden Hessen und zum Vorsitzenden des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen gewählt. 2006, 2010 und 2014 bestätigten ihn die Bezirks-Delegierten in diesem Amt. Am 12. Mai 2014 wählten die Delegierten des DGB-Bundeskongress Stefan Körzell in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB.

Körzells Themenschwerpunkte im DGB-Bundesvorstand sind die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, die Struktur-, Industrie und Dienstleistungspolitik sowie die Handwerkspolitik.

Neu: Zeichnungen am DGB-Haus

Neun Karikaturen zeigen am DGB-Haus in Berlin, warum Gewerkschaften wichtig sind und um welche Themen sie sich kümmern. Der bekannte Essener Künstler Thomas Plabmann hat die Motive zu den Themen Arbeitszeit, gute und gleiche Bezahlung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Digitalisierung, Rente, Urlaubsgeld, Mindestlohn und Rechtsschutz gezeichnet. Die Bilder zeigen kurz und knapp, worum es geht und können so von PassantInnen „im Vorbeigehen“ erfasst werden. Wir zeigen hier beispielhaft vier Motive.



Die Karikaturen des Zeichners Thomas Plabmann zieren seit März das DGB-Haus in Berlin.

**RENTE MUSS
FÜR EIN GUTES LEBEN
REICHEN!**



**ARBEIT MUSS ZUM
LEBEN PASSEN –
NICHT UMGEKEHRT!**



**GLEICHE
BILDUNGSCHANCEN
FÜR ALLE!**



**DER STAAT MUSS IN
STRASSEN UND
SCHULEN INVESTIEREN!**



Den digitalen Kapitalismus bändigen

Reiner Hoffmann tritt auf dem DGB-Bundeskongress erneut zur Wahl des DGB-Vorsitzenden an. Im Interview spricht er über Erfolge und Überraschungen seiner ersten Amtszeit und beschreibt die gewerkschaftlichen Ziele für die kommenden vier Jahre.

Was waren die großen gewerkschaftlichen Erfolge der letzten vier Jahre?

Wir haben zahlreiche Themen wie die bessere Rente, weg mit sachgrundloser Befristung, Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, Einschränkung der Leiharbeit, Lohntransparenzgesetz und die paritätische Finanzierung der Krankenkasse politisch und gesellschaftlich gesetzt. All das fände sich ohne uns weder in den Gesetzen der letzten

Das Europakapitel im Koalitionsvertrag hat das Potenzial für eine andere, bessere deutsche Europapolitik.

Koalition wieder, noch im aktuellen Koalitionsvertrag. Ein großer Erfolg ist der Mindestlohn!

Jetzt kommt es darauf an, dass er auch überall bezahlt wird. Es ist unerträglich, dass aufgrund mangelnder Kontrollen Hunderttausende um ihren Lohn betrogen werden. In der Diskussion über die Arbeit der Zukunft haben wir deutlich gemacht, dass die Digitalisierung kein technisches Thema ist, sondern ein arbeits- und bildungspolitisches Thema, bei dem wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen müssen. Auch das ist ein Erfolg.

Was hat dich in den vergangenen vier Jahren enttäuscht?

Bei der Mitbestimmung ist es weitgehend beim Stillstand geblieben. Da wünsche ich mir wirklich mehr politischen Mut. Der ist dringend notwendig, wenn wir die Transformation der Arbeit erfolgreich gestalten wollen. Es kann nicht sein, dass die Arbeitswelt sich rasant wandelt, nur bei der Mitbestimmung soll alles beim Alten bleiben. Nicht nur enttäuschend, sondern richtig ärgerlich ist, dass sich immer mehr Arbeitgeber aus ihrer tarifpolitischen Verantwortung zurückziehen. Die Tarifbindung muss dringend wieder erhöht werden.

Was hat dich politisch überrascht?

Das Europakapitel im Koalitionsvertrag. Es hat das Potenzial für eine andere, bessere deutsche Europapolitik. Jetzt muss auch geliefert werden, beispielsweise wenn es um einen europäischen Sozialpakt geht oder um ein ambitioniertes europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm.

Du trittst auf dem kommenden DGB-Kongress wieder zur Wahl des DGB-Vorsitzenden an. Was sind deine Ziele für die nächsten vier Jahre?

Wir stehen vor einem weitreichenden Wandel in der Arbeitswelt, der durch Digitalisierung, Globalisierung und

die demografische Entwicklung getrieben wird. Das verunsichert viele Menschen: Werden sie mithalten können? Sind ihre Arbeitsplätze in Zukunft sicher? Wir dürfen die Risiken nicht ignorieren, vor allem müssen wir aber dafür sorgen, dass die Chancen für gute und sichere Arbeit genutzt werden. Das ist auch die Voraussetzung dafür, dass wir die Rechten deutlich in ihre Schranken verweisen.

Darüber hinaus haben wir schon im Mai 2019 die nächsten Wahlen zum Europaparlament. Hier müssen wir ganz klare Kante zeigen und unsere Vorstellungen von einem liberalen, solidarischen und offenen Europa deutlich machen, in dem alle ein gutes Leben führen können. Wir kämpfen für ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sicheren Arbeitsplätzen, ordentlichen Arbeitsbedingungen und guten Löhnen.

Wie können Gewerkschaften gute Arbeit im digitalen Zeitalter sichern? Und welche Entwicklungen bereiten dir Sorgen?

Die Expertenkommission der Hans-Böckler-Stiftung hat 2017 in ihrem Bericht zahlreiche Denkanstöße formuliert. Diese gilt es aufzugreifen, zu konkretisieren und in konkrete politische Praxis zu überführen. Beispielsweise muss man die bildungspolitischen Voraussetzungen für die Arbeit der Zukunft deutlich verbessern. Oder wenn es darum geht, die Bedingungen zu verbessern, damit die Beschäftigten über mehr Arbeitszeitsouveränität verfügen können.

Die enormen Digitalisierungsgewinne müssen gerecht besteuert und verteilt werden.

Wir erleben gerade, wie im digitalen Kapitalismus neue Geschäftsmodelle entstehen, bei der sich die Unternehmen ihrer Rolle als Arbeitgeber verweigern. Dafür brauchen wir eine Neujustierung des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbegriffs. Die enormen Digitalisierungsgewinne müssen gerecht besteuert und verteilt werden. Sorgen bereitet mir das Thema Daten und Datensicherheit in der Plattformökonomie. Wem gehören die Daten in Zukunft und wie gelingt uns ein erfolgreicher Arbeitnehmerdatenschutz?

Wie können Gewerkschaften von digitaler Technologie profitieren?

Beispielsweise in dem wir uns neue digitale Kommunikationsmittel und -wege zu Eigen machen. Leider liegen wir hier weit hinter den technischen Möglichkeiten zurück. Unsere App für den DGB-Kongress ist ein erster Anfang. Da sehe ich ganz viel Luft nach oben.



REINER HOFFMANN, 62, ist seit 2014 DGB-Vorsitzender. Auf dem DGB-Bundeskongress tritt er zur Wiederwahl an.



ATLAS DER ARBEIT

Arbeit ist für die meisten Menschen mehr als nur der Broterwerb. Überall in der Welt wird über Arbeit und die damit verbundene Wertschätzung debattiert.

Der Atlas der Arbeit, der gemeinsam von DGB und Hans-Böckler-Stiftung herausgegeben wird, soll – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Bandbreite von Arbeitsbeziehungen darstellen; er vergleicht Systeme in verschiedenen Staaten und beschreibt, wie Arbeitsbedingungen gestaltet werden können.

Gewerkschaften sind weltweit wichtig, um die Arbeitsbedingungen der Gegenwart und der Zukunft mitzugestalten. Dort, wo sie stark sind, wo es die Mitbestimmung im Betrieb und im Aufsichtsrat gibt, geht es ArbeitnehmerInnen nachweislich besser.

Dieser Atlas der Arbeit vermittelt facettenreich, wie unsere Arbeitswelt heute gestaltet ist. Er liefert damit eine solide Grundlage, um über die Arbeit der Zukunft zu diskutieren.



Ab dem 7. Mai 2018 steht der Atlas zum Download bereit:

Deutsche Version:
www.dgb.de/atlas-der-arbeit
Englische Version:
www.dgb.de/atlas-of-work



„Es ist immer und einzig die menschliche Arbeit, durch welche die Gemeinschaft lebt.“



Referat des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler auf dem Gründungskongress des DGB am 14. Oktober 1949 in München.



Das steht an ...

1. Mai

Am **Tag der Arbeit** ruft der DGB bundesweit zu Demonstrationen und Kundgebungen auf. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann spricht auf der zentralen Mai-Kundgebung in Nürnberg.

www.dgb.de/erstermai2018

1. Mai -17. Juni

Die **Ruhrfestspiele Recklinghausen** stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Heimat“. Mit zahlreichen Aufführungen, Werken und Performances setzen die Festivalmacher denen etwas entgegen, die das Gefühl von Heimat instrumentalisieren und zur eigenen Abgrenzung missbrauchen.

www.ruhrfestspiele.de

2. Mai

Jahrestag der **Zerschlagung der Gewerkschaften** durch die Nationalsozialisten. Vor 85 Jahren stürmten SA und SS die Gewerkschaftshäuser. Zahlreiche GewerkschaftlerInnen wurden verhaftet und verfolgt.

www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de

3. Mai

1993 erklärte die UN-Vollversammlung den 3. Mai zum **Internationalen Tag der Pressefreiheit**, um die Bedeutung freier Berichterstattung hervorzuheben. An diesem Tag veröffentlicht die Organisation Reporter ohne Grenzen ihr jährliches Ranking der Pressefreiheit.

6. Mai

Bei den **Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein** werden Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen im Norden neu gewählt.



Personalia

KONRAD KLINGENBURG, 52, ist seit 1. April Vorstandssekretär im Bereich des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann. Gemeinsam mit **Klaus Beck**, 65, wird er bis zum Sommer die Vorstandsarbeit koordinieren. Beck wird dann in den Ruhe-

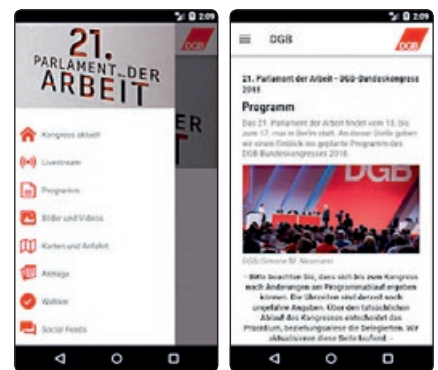
stand gehen. Klingenburg hat seit 2014 das Berliner Büro des IG Metall-Vorstands geleitet. Davor war er 14 Jahre beim DGB-Bundesvorstand tätig, unter anderem als Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen.



Tipp

APP ZUM KONGRESS

Die offizielle DGB-App zum Bundeskongress 2018 bietet alle Infos zum 21. Parlament der Arbeit auf einen Blick: Anträge, Diskussionen und Entscheidungen, Live-Streaming der Reden und Beiträge. Jetzt kostenlos auf die Smartphones herunterladen! Läuft auf Android und iOS. www.dgb.de/app



8. Mai

Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Ende des Zweiten Weltkriegs.

13.-17. Mai

In Berlin tagt das **21. Parlament der Arbeit**. Die Delegierten des DGB-Bundeskongresses wählen den DGB-Vorstand, beraten Anträge und machen ihre Forderungen an die Politik deutlich. Der Kongress steht unter dem Motto „Solidarität_Vielfalt_Gerechtigkeit“.

www.dgb.de/bundeskongress

23. Mai

Am **Tag des Grundgesetzes** wird daran erinnert, dass am 23. Mai 1949 die deutsche Verfassung durch den Parlamentarischen Rat verkündet wurde. Es trat mit Ablauf dieses Tages in Kraft.

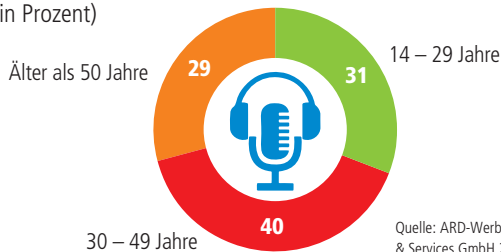


DGB-PODCAST ZUR ARBEIT DER ZUKUNFT

Mit einem Podcast – also digital abrufbaren Audiobeiträgen – wird der DGB ab dem 8. Mai aktuelle Themen rund um die Digitalisierung diskutieren. Alle zwei Wochen werden ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik über Facetten der digitalen Arbeitswelt sprechen. Initiiert wird der Podcast vom DGB-Projekt „Arbeit der Zukunft“. Zu Wort kommen wird unter anderem die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner. Sie schildert, wie ihre Gewerkschaft mit Cloud- und Crowdarbeit umgeht. ver.di-Vorstandsmitglied Lothar Schröder berichtet in der Pilotfolge am 8. Mai über das gewerkschaftliche Engagement im Projekt Cloud und Crowd. Alle 14 Tage wird dann eine neue Folge auf der Internetseite des DGB veröffentlicht. Der Podcast ist der DGB-Beitrag im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2018 „Arbeitswelten der Zukunft“. In den weiteren Folgen geht es unter anderem um Bildung im digitalen Zeitalter, agiles Arbeiten, Digitalisierung und Gesundheitsprävention oder den Einsatz Künstlicher Intelligenz. www.dgb.de/wissenschaftsjahr

Podcast im Trend

Altersstruktur regelmäßiger NutzerInnen von Podcasts (in Prozent)



Quelle: ARD-Werbung Sales & Services GmbH 2017

Podcasts sind vor allem zu digitalen Themen beliebt. Zu Digitalisierung, eCommerce, Künstlicher Intelligenz und Co. gibt es eine große Zahl von Kanälen – künftig mischt auch der DGB mit.

IG BCE-APP: HILFE FÜR SCHICHTARBEITERINNEN

Beschäftigte in Schichtarbeit müssen wöchentlich Berufs- und Privatleben aufs Neue in Einklang bringen. Schnell kann dabei der Überblick verloren gehen: Wann beginnt mein Dienst, wann müssen die Kinder in die Kita? Mit einer eigens programmierten App will die IG BCE SchichtarbeiterInnen helfen. Der Vorteil: IG-BCE-Mitglieder können mit der App ihren Jahresschichtplan eingeben und diesen mit dem privaten Kalender verknüpfen. Zunächst wird die App für Smartphones mit Android-Betriebssystem nutzbar sein. Eine Variante für das Apples iOS ist in Planung und wird voraussichtlich im laufenden Jahr 2018 zur Verfügung stehen. www.igbce.de/schicht-app/164388

GEWERKSCHAFTEN AUF DER RE:PUBLICA 2018

Vom 2. bis zum 4. Mai findet die diesjährige re:publica in Berlin statt – auch DGB, Gewerkschaften und Hans-Böckler-Stiftung sind auf dem Digitalkongress vertreten.



Unter dem Motto „POP – Power of People“ werden sich die TeilnehmerInnen des Digitalkongresses mit dem Internet als popkulturellem Massenphänomen befassen. Der DGB wird im Rahmen der re:publica 2018 eine Diskussion zum digitalen Wandel der Arbeitswelt präsentieren. Der Titel: „Empower the people“ (Ermächtige die Menschen). Beschäftigte sollen etwa durch mehr Weiterbildung und mehr berufliche Freiheiten am Wandel beteiligt werden und diesen mitgestalten. Hierzu stellen IG Metall und ver.di ihre Projekte zur Digitalisierung vor. In der DGB-Session werden darüber die Softwareentwicklerin und Betriebsrätin bei T-Systems Andrea Lange, Dr. Nadine Müller von ver.di, der John Deere-Betriebsrat Cosmin Sirbu und Henning Oberc von der Ruhr-Universität Bochum diskutieren.

Daten als Währung

Der massive Einfluss von Künstlicher Intelligenz, Big Data und Co. auf Gesellschaft, Politik, Arbeitswelt steht in vielen Sessions der re:publica auf dem Programm. Unter anderem werden ver.di-Expertin Annette Mühlberg und der US-Autor Steven Hill über mögliche Kontrollen des großen Datenhandels (Session-Titel: „Who will control Big Data, the currency of the digital age?“) debattieren. Zudem geht es um politische Wege, Recht und Gesetz im digitalen Raum durchsetzen.

Plattformen als Genossenschaften

Die Hans-Böckler-Stiftung wird, wie bereits im Vorjahr, mit einem Stand auf der re:publica 2018 vertreten sein. Auf den zwei von der HBS organisierten Sessions werden sich ExpertInnen mit den Schwerpunkten Algorithmen und Plattformen befassen. So diskutieren Matthias Spielkamp von Algorithm Watch, Prof. Katharina Simbeck von der HTW Berlin und Andree Thielges von der TU München die These „Algorithmen: Zu Risiken und Nebenwirkungen – fragen Sie Ihren Informatiker“. In einem weiteren Panel geht es um Alternativen zum digitalen Kapitalismus des Silicon Valley. Zur Diskussion werden verschiedene alternative Modelle stehen. Der Titel der Veranstaltung: „Platform Cooperatives and Commons-based Communities“.

www.dgb.de/rp18

Krankenversicherung

KASSE MUSS INFORMIEREN

Krankenkassen müssen ihre Versicherten über Veränderungen im Geschäftsstellennetz in Kenntnis setzen.

Der Fall: Die Krankenkasse hatte eine Geschäftsstelle geschlossen, die vor Ort betroffenen Versicherten hierüber jedoch nicht informiert. Demzufolge war die Schließung dem Versicherten, Kläger des Verfahrens, der schon längere Zeit arbeitsunfähig erkrankt war und der deshalb Anspruch auf Krankengeld hatte, nicht bekannt. Folglich sandte er seine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen weiterhin an die Anschrift der geschlossenen Geschäftsstelle. Die Krankenkasse hatte bei der Post zunächst einen Nachsendeauftrag eingereicht. Nachdem dieser ausgelaufen war, kam ein Brief mit der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung an den Versicherten als unzustellbar zurück. Dieser schickte die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung dann unverzüglich an die nunmehr bekannt gewordene zuständige Geschäftsstelle der Krankenkasse. Diese versagte ihm anschließend für 13 Tage wegen verspäteter Einreichung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung das Krankengeld und argumentierte, die Versicherten müssten sich selbst erkundigen, ob eine Geschäftsstelle der Krankenkasse noch existiere, bevor sie einen Brief dorthin schickten. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Es ist Sache der Krankenkasse, ihre Versicherten über Schließungen von Geschäftsstellen in Kenntnis zu setzen. Demgegenüber kann von den Versicherten nicht erwartet werden, sich vor der Absendung jedes Briefes eigens zu erkundigen, ob die Geschäftsstelle tatsächlich noch besteht.

Sozialgericht Koblenz,
Urteil vom 27. März 2018 – S 14 KR 980/17

Rente

KEINE SCHLISSUNG VON LÜCKEN

Wer die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren beziehen will, kann lange zurückliegende Beitragslücken nicht nachträglich durch Zahlung freiwilliger Beiträge zur Rentenversicherung schließen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 14. Dezember 2017 – L 10 R 2182/16

Hartz IV

JOBCENTER BEZAHLT SCHULBÜCHER

Kosten für Schulbücher sind als Mehrbedarfsleistungen vom Jobcenter zu übernehmen.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 11. Dezember 2017 – L 11 AS 349/17

Unfallversicherung

KEIN SCHUTZ FÜR UMWEGE

Der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gilt grundsätzlich nur für den direkten Weg zwischen der Arbeitsstätte und der Wohnung. Für Um- bzw. Abweg besteht hingegen kein Versicherungsschutz.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin befand sich auf dem Rückweg von der Arbeit in einer Regionalbahn. Sie verpasste den Ausstieg an ihrem Heimatbahnhof und verblieb im Zug. Sie verließ diesen an der nächsten Haltestelle und beabsichtigte sodann, die Bahngleise zu überqueren, um den am gegenüberliegenden Bahnsteig bereitstehenden Gegenzug zu erreichen. Dabei wurde sie von einer Rangierlok erfasst und tödlich verletzt. Die Berufsgenossenschaft hat das Vorliegen eines Arbeitsunfalls verneint. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Auf einem Um- bzw. Abweg besteht kein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung. Unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung steht grundsätzlich der direkte Weg von der Arbeitsstätte zur Wohnung. Bewegt sich ein Versicherter nicht auf direktem Weg in Richtung seiner Arbeitsstätte oder seiner Wohnung, sondern in entgegengesetzter Richtung von diesem Ziel fort, befindet er sich auf einem sogenannten Abweg. Sobald der direkte Weg verlassen und der Abweg begonnen wird, besteht daher kein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung mehr. Erst wenn sich der Versicherte wieder auf dem direkten Weg befindet und der Abweg beendet ist, lebt der Versicherungsschutz wieder auf.

Thüringer Landessozialgericht,
Urteil vom 8. Januar 2018 – L 1 900/17

Inkontinenzmaterial (z.B. Windeln)

KEINE ENTSORGUNG

Versicherte, die von ihrer Krankenkasse mit Inkontinenzmaterial versorgt werden, können nicht auch die Übernahme der Kosten für dessen Entsorgung verlangen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 15. März 2018 – B 3 KR 4/17 R

Verstecktes Filmen

FRISTLOSE KÜNDIGUNG RECHTENS

Die fristlose Kündigung eines Trainers für Radsport am Olympiastützpunkt Berlin, der mit versteckter Kamera in der Umkleidekabine Sportlerinnen gefilmt hat, ist wirksam.

Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 1. November 2017 – 24 Ca 4261/17